

ANTRAG

der Fraktion der NPD

Grenzkontrollen zur Republik Polen beibehalten - Sorgen von Bevölkerung und Polizeibeamten ernst nehmen - keine Ausdünnung der Polizei in Grenznähe zulassen!

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- den Schutz der Landesgrenze zur Republik Polen unabhängig vom Beschluss der EU-Innenministerkonferenz wegen fehlender logistischer Voraussetzungen wie beispielsweise dem elektronischen Sicherheitssystem Schengen-Informationssystem II (SIS II) aufrechtzuerhalten,
- sich bei jeder Gelegenheit (z. B. im Bundesrat und in der Innenministerkonferenz) bei Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble gegen den für 2008 geplanten Abbau bei Beschäftigten der Bundespolizei auszusprechen,
- der Öffentlichkeit und dem Landtag monatlich sowie unabhängig von der künftigen Gestaltung des Grenz-Regimes einen durch Dienststellen des Landes Mecklenburg-Vorpommern erarbeiteten Bericht über die Kriminalitäts-Entwicklung
 - a) im unmittelbar von Schengen II betroffenen Raum des Landes Mecklenburg-Vorpommern, insbesondere in den Landkreisen Ostvorpommern und Uecker-Randow sowie der Hanse- und Universitäts-Stadt Greifswald und
 - b) im mittelbar betroffenen Gebiet, mithin im übrigen Mecklenburg-Vorpommern,

mit Angabe der Zahl und Art der Straftaten, der Zahl festgenommener Verdächtiger bzw. Täter, der Tatzeitpunkte und -zeiträume sowie der Tatorte und -gebiete vorzustellen.

Udo Pastörs und Fraktion

Begründung:

Mit dem 21. Dezember 2007 erfolgt aufgrund eines EU-Beschlusses die volle Eingliederung von neun Staaten, die zum 1. Mai 2004 der Europäischen Union beigetreten sind, in den Schengen-Raum (Schengen II). Bei gleichzeitiger Verschiebung der EU-Außengrenzen kommt es an den Binnengrenzen zu den anderen Schengen-Ländern zu einem Wegfall der Grenzkontrollen.

Die in der Öffentlichkeit laut gewordenen, nicht zuletzt auch von polizeilichen Fachleuten geäußerten Befürchtungen zu den Folgen der Grenzöffnung werden durch die Fraktion der NPD weitgehend geteilt. Besonders hinsichtlich mangelnder technischer Voraussetzungen für eine Grenzöffnung und der von weiteren verschiedenen Mängeln in den Beitrittsländern gekennzeichneten Situation erscheint der Wegfall der Grenzkontrollen als unverantwortbare Gefährdung der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger auch in Mecklenburg-Vorpommern.